

Gerecht. Nachhaltig. Sozial. Starke Kommunen wählen!



Karin Truelsen, 63 Jahre, kommt aus Hannover und ist Berufsschullehrerin. Sie befindet sich zurzeit in Altersteilzeit und berät als Fachkraft für Arbeitssicherheit Lehrkräfte und Schulleitungen. Als Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft arbeitet sie im Leitungsteam des DGB-Landesfrauenausschusses mit und vertritt diesen im Landesfrauenrat Niedersachsen.

Gehst du am 11. September wählen?

Ja, natürlich! Seit ich wahlberechtigt bin, habe ich keine Wahl ausgelassen. Auf dieses demokratisches Recht würde ich nie verzichten. Ich finde es toll, dass man schon mit 16 Jahren wählen darf. Ich durfte damals erst mit 21 meine Stimme abgeben.

Was spielt bei deiner Wahlentscheidung für dich als Gewerkschafterin die größte Rolle?

Ich würde niemals einer Partei die Stimme geben, die auf Privatisierung setzt. Ich finde es wichtig, dass zum Beispiel die Energie- und Wasserversorgung in kommunaler Hand sind. Das ist wichtig für das Gemeinwohl und eine wesentliche Komponente der sozialen Marktwirtschaft.

Welche Erwartungen hast du an KommunalpolitikerInnen in Bezug auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau?

PolitikerInnen müssen sich dafür einsetzen, dass es in den Kommunen Gleichstellungsbeauftragte gibt, die ein Veto-Recht haben. Sonst können diese nicht wirklich Frauenpolitik gestalten. Frauenpolitik ist übrigens nicht gleich Familienpolitik. Es geht um echte Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

Was können Kommunen tun, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern?

Es muss flächendeckend Kindergarten- und Hortplätze geben. Wir brauchen echte Ganztagschulen, in denen Kinder nachmittags nicht nur betreut werden, sondern in denen auch gemeinsam gelernt und gelebt wird. Außerdem müssen die Kommunen Schulen besser ausstatten, damit SchülerInnen und LehrerInnen einen guten Schulalltag haben.

Kommunen jammern aber oft, dass sie nicht genug Geld dafür haben.

Dann müssen sie eben ganz klar Schwerpunkte setzen. Ohne Bildung geht es nicht.

Sollten Kommunen stärker auf die von der Landesregierung geschaffene Oberschule setzen?

Die Bezeichnung Oberschule ist ein Witz. Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen wird hochstilisiert. Ich bin für Integriertes Lernen, aber wenn dann richtig: in echten Gesamtschulen. Als Berufsschullehrerin weiß ich, dass Schülerinnen und Schüler, die aus Integrierten Schulen kommen, eine sehr hohe soziale Kompetenz haben. Das nützt ihnen auch später im Berufsleben.



Am 11. September wählen gehen!